

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

30.7.1932 (No. 176)

Veröffentlichung
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karl-Friedrich-
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Gesamtext
Chefredakteur
E. K. M. e. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Bergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 23. auf Monatschluß erfolgen. — Verlagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Wahlkampf in Baden

Staatsrat Schäffer in Karlsruhe

Die Zentrumspartei veranstaltete am Freitagabend im vollbesetzten großen Festsaal in Karlsruhe einen letzten Appell an ihre Wählerschaft. Nach dem Einmarsch der Badenwacht eröffnete Minister Dr. Baumgartner als Vorsitzender des Ortsausschusses die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in der er den Redner des Abends und mit ihm die bayerische Bruderpartei herzlich begrüßte. Es folgte ein stilles Gedenken an die Toten der „Wolke“, worauf Staatsrat Schäffer, lebhaft begrüßt, das Rednerpult betrat.

Er betonte einleitend die Gemeinsamkeit der Ziele von Zentrum und Bayerischen Volkspartei, ging dann auf das Wirken und den Sturz Brüning ein, äußerte sich kritisch zu dem Kabinett Papen und bekämpfte mit großer Schärfe den Nationalsozialismus, der den Volksstaat durch den Parteistaat ersetzen wolle. Der Sinn der Präsidentschaftswahl vom 10. April sei ein Votum für ein freies Deutschland und gegen die Parteidiktatur gewesen. Das Reich müsse auf bundesstaatlicher Grundlage erhalten bleiben und dürfe nicht zu einem Parteistaat werden. Viele von denen, die den Namen Hindenburg damals gewählt haben, haben ihm ihre Stimme gegeben, weil sie Brüning mitwählen wollten. Das Ziel Hitlers ist es, alle Parteien zu zerlegen, um einen Parteistaat nach ausländischem Schema zu errichten. Der Sinn der Präsidentschaftswahl vom 10. April soll ins Gegenteil verwandelt werden. Daß der Kampf gegen die Diktatur zuerst von liberalen Fronten geführt wurde, ist kein Zufall. Denn Föderalismus heißt: die ethischen Grundzüge der wechselseitigen Freiheit und Gleichheit in die Staatspolitik übertragen. Einigung mit Hitler wäre möglich gewesen, wenn er den Wahrheitsbeweis für eine christliche Arbeitsgemeinschaft in Preußen geliefert hätte. Doch politisierende Kräfte hinter den Kulissen haben die Koalition zerlegt. Hitlers Mittelmann erklärte frei und offen, Hitler habe seine Koalition mit der Reichswehr bereits abgeschlossen. Das Siebelsprojekt war der zweite Grund zu Brüning's Sturz. Wir im Süden wollen nicht kommandieren, aber auch nicht kommandiert werden. Daher ist im Süden das Verhältnis zwischen den Konfessionen auch toleranter. Die religiöse Intoleranz war der dritte Grund des Sturzes von Brüning. Die neue Regierung ist der Diktatur, hinter den Adolf Hitler sich versteckt. Die Verantwortung trägt daher auch Hitler, der Papen denselben Dank abtrotzen wird, wie seinerzeit dem Herrn von Raab. Des Reiches, das heißt der Mehrheit, Wille wird immer von uns respektiert und ausgeführt werden, aber wenn er von einer Parteienkluge ausgeht, haben wir die Pflicht, uns zu wehren. Das Deutschland, das unsere Väter gegründet, war ein Bundesstaat und diese Grundlage kann nicht geändert werden; ein Parteistaat bedeutet Deutschlands Untergang! Und sich gegen die Parteigelüste eingesetzt zu haben, bedeutet ein geschichtliches Verbrechen Süddeutschlands.

Die mit starkem Beifall aufgenommene Rede klang aus in den Kampfruf gegen Parteidiktatur und für eine richtig verstandene, von christlichem Geist getragene Demokratie in Deutschland.

Nach einem Schlusswort des Ministers Dr. Baumgartner wurde das Deutschlandlied gesungen. Mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Volk und Freiheit fand die Kundgebung ihr Ende.

Hilfer in Freiburg

Auf seinem Wahlpropagandaflug durch Deutschland kam der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, am Freitag auch nach Freiburg. Seine Anhänger waren aus ganz Ober- und Mittelland und aus dem Schwarzwald nach Freiburg gekommen, aber auch aus dem benachbarten Elsaß und dem Grenzgebiet der Schweiz hatten sich zahlreiche Besucher eingefunden. Die Kundgebung fand im Stadion des Freiburger Fußballklubs statt. Die Zahl der Besucher dürfte etwa 50 000 betragen haben. Die Kundgebung wurde eröffnet durch den Oberführer der badischen SA, Lubin, mit einem Gedenken an die Toten des Weltkriegs. Sodann hörte man die Übertragung der Rede des Reichstagsabgeordneten Gregor Strasser, die dieser von München aus im Rahmen der Wahlreden im Rundfunk hielt.

Bei seinem Eintreffen wurde Hitler mit lautem Beifall und Gebrüll von SA- und SS-Gruppen begrüßt. Auf der Rednertribüne überreichte ihm eine Deputation der Hanauer Gemeinde Altenheim in Tracht die Urkunde über seine vor kurzem erfolgte Ernennung zum Ehrenbürger. Die Grüße des Markgräflerlandes wurden von einer Anzahl Markgräflerinnen überbracht. Hitler erklärte in seiner Rede, er wolle die Verantwortung für die nächsten sechs Wochen gern übernehmen, die anderen Parteien müßten aber die Verantwortung für die vorhergegangenen dreizehn Jahre übernehmen. Es sei bedauerlich, daß die Vertreter der bisherigen Regierungen erst jetzt wüssten, was man nicht hätte tun dürfen. Hitler erklärte weiter, daß auch nicht einmal die 3 Milliarden bezahlt werden würden. Die Gegner hätten der Revision des Youngplans nicht aus Mitleid für Deutschland zugestimmt, sondern weil sie erkannt hätten, daß ihnen jetzt ein anderes Deutschland gegenüberstehe als bisher. Daß dem so sei, sei ein Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung. Sein Glaube an den Sieg sei unerschütterlich.

Bei der Abfahrt Hitlers zum Freiburger Flugplatz, von wo er sich nach Radolfzell begab, um dort in einer weiteren Versammlung zu sprechen, wurde das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Zu Zwischenfällen ist es nach den bisherigen Feststellungen nirgends gekommen. In Radolfzell sprach Hitler vor 30 000 Zuhörern.

Einrichtung ungarischer Kommunisten. Das Standgericht in Budapest verurteilte die beiden Kommunistenführer Szalai-Gülländer und Kürst wegen Umsturzversuches zum Tode durch den Strang. Das Urteil wurde Freitag nachmittags vollstreckt.

Letzte Nachrichten

Ein Aufreiß der Reichsregierung

Wahlrecht ist Wahlpflicht

W.D. Berlin, 30. Juli. (Tel.) Amtlich wird folgender Aufruf verbreitet:

„Auf Vorschlag der Reichsregierung hat der Reichspräsident am 4. Juni den Reichstag aufgelöst, da er dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entsprach. Am 31. Juli soll das deutsche Volk einen neuen Reichstag wählen. Die Abgabe der Wahlstimme ist das wichtigste Recht, das die Verfassung den deutschen Männern und Frauen verleiht. Dieses Recht ist zugleich eine Pflicht! Es gilt, einen Reichstag zu wählen, der seine großen Aufgaben zum Besten des deutschen Volkes erfüllen kann. Seit dem 1. Juni 1932 ist an die Stelle der bisherigen parteipolitisch zusammengesetzten Reichsregierungen eine völlig überparteiliche Staatsführung getreten. In der Not dieser Zeit braucht unser Volk eine durch keine Abhängigkeit von politischen Parteien gebundene Regierung. Aber auch eine solche Regierung bedarf der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Reichstag, um den Wiederaufbau Deutschlands auf dem Wege ordnungsmäßiger Gesetzgebung weiterführen zu können.“

Deutschland muß daher einen Reichstag haben, der nicht nur die Willensmeinung des Volkes widerspiegelt, sondern der fähig und willig ist, im Rahmen der ihm durch die Verfassung zugewiesenen Obliegenheiten mit einer starken Regierung Hand in Hand zu arbeiten. Der Wahltag ist daher ein Schicksalstag für das deutsche Volk! Der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung erwarten, daß alle Deutschen ihrer Wahlpflicht nachkommen!“

Der Reichskommissar in Preußen

Die Maßnahmen bei den Landkreisen und Amtsgerichten
W.D. Berlin, 30. Juli. (Priv.-Tel.) Das Conti-Adrich-tenbüro ist in der Lage, einen genauen und vollständigen Überblick über die Spar- und Reformmaßnahmen zu geben, die das preußische Staatsministerium am Mittwoch auf Grund der zweiten Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 beschlossen hat. Der Beschluß umfaßt:

1. die Angliederung der Regierung in Straßburg an die Regierung in Stettin mit Wirkung vom 1. Okt. 1932,
2. die Zusammenlegung von 105 Landkreisen. Das geschieht in der Form, daß immer zwei der in die Reform einbezogenen Landkreise zu einem neuen zusammengelegt werden, mit Ausnahme eines Falles, in dem die Zusammenfassung drei Kreise umfaßt; dazu kommt noch die Aufteilung von vier Landkreisen auf mehrere andere,
3. vier Provinzgrenzänderungen,
4. die Aufhebung von genau 60 Amtsgerichten, und
5. weitere Maßnahmen in der Zentralinstanz, über die Einzelheiten noch nicht vorliegen, sondern zum Teil auch von den bereits angeführten Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich über eine Neuauflistung der Aufgabekreise abhängen.

Urteil im Deubheim-Prozess

Pastor Cremer zu zwei Jahren, Claussen und Zepfel zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt

W.D. Berlin, 30. Juli. (Priv.-Tel.) Im Deubheim-Prozess wurde heute vormittag nach einer Verhandlungsdauer von rund 2 1/2 Monaten das Urteil gefällt.

Es erhielten: Pastor Cremer eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 10 000 RM. Geldstrafe, Wilhelm Zepfel 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 20 000 RM. Geldstrafe, Claussen 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 5000 RM. Geldstrafe, Ernst Wilhelm Cremer 4 Monate Gefängnis.

Die Abrüstung

Unterredung zwischen Herriot und Norman Davis

W.D. Paris, 30. Juli. (Tel.) Ministerpräsident Herriot hatte gestern mit dem amerikanischen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, eine Unterredung. Die Abrüstungsfrage ist eingehend erörtert worden. Man soll — wie die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter schreiben — stillschweigend übereingekommen sein, daß die amerikanische, französische und englische Delegation in Genf weiterhin in enger Fühlungnahme miteinander vorgehen würden.

Der Kanzler spricht heute im Rundfunk. Reichskanzler von Papen spricht heute (Samstag) abend von 7.30 bis 8 Uhr über alle deutschen Sender.

Urlaubspläne des Reichskabinetts. Wie es heißt, ist damit zu rechnen, daß der Reichskanzler und die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder in der kommenden Woche einen kurzen Urlaub antreten werden, um sich während der Zeit bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags nach der angestrengten Arbeit der letzten Wochen eine kurze Erholung zu gönnen.

Der neue Präsident der Preußenkassa. Der Oberregierungsrat im Reichsernährungsministerium, Dr. Hans Gelferich, ist zum Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskassa bestellt worden.

* Zur politischen Lage

Reichstagswahl

Nicht weniger als 21 Parteien hatten beim Reichswahlleiter ihre Reichswahlvorschläge eingereicht. In dieser Zahl sind aber diejenigen Parteien, die lediglich mit Wahlkreislisten aufmarschieren, wie z. B. die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und das Landvolk, noch nicht einmal enthalten.

Nun darf man allerdings mit der Bezeichnung „Partei“ nicht allzu freigiebig sein. So, wie die Dinge heute liegen, haben wir in Deutschland nur noch 5 größere Parteien, nämlich die Sozialdemokraten, die Kommunisten, das Zentrum mit der Bayerischen Volkspartei, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. Wenn nicht bei der morgigen Reichstagswahl ein Wunder geschieht, und etwa die Deutsche Volkspartei oder die Deutsche Staatspartei ganz unerwartete große Gewinne davonträgt, wird man von den Parteien außerhalb des Kreises dieser 5 großen nur noch von Splitterparteien sprechen können.

Zunehmend dürfen alte historische Parteien, wie die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Staatspartei, auch heute noch Beachtung beanspruchen. Und auch dem Christlich-sozialen Volksdienst, der Deutschen Bauernpartei, dem Landbund, der Deutsch-hannoverschen Partei und der Wirtschaftspartei wird man selbst im ungünstigsten Falle den Gewinn einiger Mandate zutrauen dürfen, so daß sie bestimmt im Reichstag als Partei vertreten bleiben.

Was dann allerdings darüber hinausgeht, kann man nur noch sehr euphemistisch „Partei“ nennen. Es gibt nach der Liste des Reichswahlleiters mindestens 10 sogenannte „Parteien“, von denen wohl nicht eine einzige auch nur ein Mandat erringen wird. Die Wahlstimmen dieser Parteien gehen verloren. Das ist bedauerlich genug, aber leider nicht zu ändern. Soweit man sehen kann, verteilen sich diese 10 „Parteien“ jedoch ziemlich gleichmäßig auf die Bewegung der Rechten und der Linken, so daß sich also auch der Verlust an Stimmen gleichmäßig verteilen wird.

Die Wahlausichten der einzelnen Parteien lassen sich auch nicht mit einiger Sicherheit berechnen. Entscheidend ist und bleibt ja nur die Frage, ob Nationalsozialisten, Deutschnationale und rechtsgerichtete, kleinere Parteien die Mehrheit bekommen oder nicht. Wahrscheinlich wird das nicht der Fall sein. Wahrscheinlich wird die gesamte Rechte alles in allem 44 bis 48 Proz. aller abgegebenen Stimmen erringen, mehr aber auch nicht. Doch ist es ebenso möglich, daß die morgige Reichstagswahl auch Überraschungen bringt, sei es nach dieser, sei es nach jener Seite hin.

Durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten ist für die 10 Tage nach der Wahl der politische Burgfrieden verkündet worden. Sicherlich wird man diesen Entschluß nur begrüßen können. Schon allein im Hinblick auf die Polizei, deren Kräfte in der letzten Zeit überanstrengt wurden, und die eine kleine Erholungsperiode dringend nötig hat.

Deutsche Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik hat durch zwei Ereignisse der letzten Woche eine besondere Bedeutung erfahren: nämlich durch die Rede des Reichswehrministers von Schleicher und durch die Rede des amerikanischen Senatsvorsitzenden Borah.

Man könnte sich denken, daß ein Mann, wie Borah, die Ausführungen Schleichers durchaus freundlich beurteilt, mögen sie auch das Gebiet, das den amerikanischen Politikern am meisten interessiert, das der Wirtschaft und der Finanzen, nur wenig berühren. Aber auch Borah ist ja der Ansicht, daß man Deutschland die große Revision des Friedensvertrages, die vor allem in der Wiederherstellung unserer Gleichberechtigung und in der Korrigierung der ost-territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages zu gipfeln hätte, nicht vorenthalten darf.

Die Rede des Reichswehrministers hat zweifellos als eine Kundgebung der Politik des Gesamtkabinetts unter selbstverständlicher Zustimmung des Reichspräsidenten zu gelten. Ihre außenpolitische Bedeutung besteht darin, daß sie für den Fall, daß Frankreich die Abrüstungsfrage weiterhin auf die lange Bank zu schieben versucht, ganz bestimmte Handlungen Deutschlands ankündigt. Gelingt es der Abrüstungskonferenz nicht, das Versprechen der Abrüstung einzulösen, dann wird sich auch Deutschland nicht

mehr an seine Verpflichtungen zu halten brauchen und seine Handlungsfreiheit wieder gewonnen haben. Das ist eine Rechtsauffassung, die bisher rein rechtlich noch von niemanden bestritten worden ist, mag sie natürlich auch dem politischen Willen Frankreichs zuwiderlaufen.

Läßt die Rede des Reichswehrministers schon in absehbarer Zeit eine erhöhte Aktivität des Reichskabinetts erwarten, so stellt auch die Rede Vorahs eine Periode neuer Aktivität Amerikas in Aussicht. Denn Vorah hat in aller Form und, wie man glaubt, in Übereinstimmung mit Hoover und Stimson den Vorschlag einer großen Weltkonferenz gemacht, einer Weltkonferenz, die nun endlich einmal auf gemeinsamer Verhandlungsbasis alle drängenden Probleme dieser Zeit zu erledigen haben würde; alle Probleme, also das Problem der Abrüstung sowie das Problem der Grenzbeziehungen im Osten, das Problem der etwaigen, deutschen Restzahlungen ebenso, wie das Problem der interalliierten Schulden, das Problem des wirtschaftlichen Aufbaues ebenso, wie das mit ihm eng zusammenhängende Problem der Währung.

Was die interalliierten Schulden betrifft, so ist neuerdings von amerikanischer Seite den Schuldnermächten in offizieller Weise versichert worden, daß die Abrüstung oder doch eine sehr tief einschneidende Rüstungsverminderung die Voraussetzung für eine Streichung oder erhebliche Reduzierung der interalliierten Schulden sei. Mit dieser finanzpolitischen Haltung der Vereinigten Staaten will sich allerdings die militärpolitische Haltung der amerikanischen Delegation in Genf durchaus nicht vereinbaren lassen. Wohl hat Amerika in Genf vor einigen Wochen den bedeutenden Antrag eingebracht, daß unterschiedslos die sämtlichen vorhandenen Rüstungen — mit Ausnahme natürlich der entwaffneten Staaten — um ein Drittel zu vermindern seien. Dieser Antrag ist dann aber von der Delegation so gut wie preisgegeben worden, vermutlich, weil gerade die Macht, die als Konkurrent Amerikas in erster Linie in Betracht kommt, nämlich Japan, den Antrag schroff ablehnte. Vorah hat seinerseits einen Vorschlag zur Abrüstungsfrage gemacht, indem er eine Verminderung der Rüstungen um die Hälfte fordert.

Krieg und Wirtschaft

Der Wirtschaftspolitiker wird heute aus zwei Gründen die Abrüstung empfehlen und alle Argumente, die von den Militärs dagegen vorgebracht werden, als nicht stichhaltig zurückweisen: die zwei Gründe sind folgende: Die Finanzpolitik der Staaten läßt sich überhaupt nur dann noch einigermaßen in Ordnung bringen, wenn die ungeheure Belastung durch die Rüstungsausgaben verschwindet oder auf ein Mindestmaß reduziert wird. Und der andere Grund ist ebenso triftig: der Krieg kommt für den weitsehenden Wirtschaftspolitiker, für den großen Wirtschaftsunternehmer als Fortsetzung des handelspolitischen Krieges überhaupt nicht mehr in Frage, da bei dem heutigen Stand der Rüstungen, bei der heutigen Eigenart des Krieges und bei der gleichzeitigen wirtschaftlichen Verflechtung aller Völker der Krieg das schlechteste Geschäft ist, das man machen kann.

Man weiß, daß Dutzende und Dutzende von Milliarden durch den Weltkrieg restlos verschleudert und verpulvert worden sind, und daß dieser grauenhafte Abbruch an der Wirtschaft, diese entsetzliche Verminderung der Produktions- und Kaufkraft mit in erster Linie für die wirtschaftliche Depression der letzten Jahre verantwortlich zu machen ist. Gerade vom Standpunkt der „prosperity“ aus gesehen, verbietet sich der Krieg ganz von selbst. Denn man wird von dem besiegten und in seiner Wirtschaftskraft tödlich getroffenen Feind nichts mehr zu erwarten haben. Schon die Geschichte der Reparationen spricht hier eine deutliche Lehre aus.

In Zukunft, wo die Kriege noch viel mehr Materialkriege sein und die wirtschaftlichen Fundamente zerstören würden, könnten aus den dann noch vorhandenen Wirtschaftsmitteln des Unterlegenen nicht einmal mehr soviel Beträge herausgepreßt werden, um die allerdingsten Ausgaben des Siegers zu ersetzen. Der Krieg ist zum schlechtesten Geschäft geworden. Zum mindesten gilt das für Europa, das sich den selbstmörderischen Luxus von Kriegen einfach nicht mehr leisten kann. Und das haben die großen Wirtschaftsführer der Welt längst eingesehen. Und deshalb sind sie für Abrüstung. Ob sie sich mit ihrer Einsicht durchsetzen werden, das ist eine andere Frage. Setzen sie sich nicht durch, dann wird das das Ende des Völkerbundes sein. Gleichzeitig aber wird es auch Deutschland das Recht wiedergeben, auch seinerseits sich die Rüstung zuzulegen, die es für angemessen hält.

In diesem Zusammenhang interessiert die Meldung aus Paris, die französische Regierung habe sich bereit erklärt, auf diplomatischem Wege mit uns über die Forderung der Gleichberechtigung zu verhandeln. Gerriot hat sogar schon ganz bestimmte Vorschläge ausgearbeitet, die seiner Ansicht nach eine Art Entgegenkommen darstellen sollen.

Reich und Länder

In dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern ist gweiflos in der letzten Zeit eine gewisse Entspannung eingetreten. Allerdings ändert eine solche Feststellung nichts an der Tatsache, daß die süddeutschen Länder nach wie vor die Art und Weise des Vorgehens in Preußen verfassungs- und staatsrechtlich für nicht richtig und für nicht begründet halten, und daß innerhalb der regierenden Parteien zum mindesten in Bayern und Baden, aber auch innerhalb des Zentrums in Württemberg ganz

bestimmte Befürchtungen hinsichtlich der Zukunft bestehen.

Gewiß haben die Ausführungen des Reichskanzlers auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Stuttgart, soweit sie sich auf die Möglichkeit der Ernennung neuer Reichskommissare bezogen, beruhigend gewirkt. Aber von verschiedenen Seiten ist bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß Herr von Papen ja nur im Namen der jetzigen Reichsregierung sprechen könne, und daß seine Ansichten keineswegs bindend seien für ein etwa kommendes Kabinett, das noch viel weiter rechts stünde.

Für die süddeutschen Länder gibt es unter diesen Umständen nur eine Politik, nämlich die der Pflückerfüllung dem Reich, der Verfassung und den Reichsgesetzen gegenüber, verbunden mit der weiteren, zielbewußten Wahrung der den Ländern zustehenden Rechte. Im übrigen aber muß man in Geduld abwarten, wie sich die Dinge entwickeln, wie die morgige Reichstagswahl ausfällt, und welchen Spruch der Staatsgerichtshof in Sachen der preußischen, der bayrischen und der badischen Klage fällen wird.

Im Reichsrat hat man sich dieser Tage über die Neuordnung des Rundfunkwesens geeinigt. Die politische Bedeutung dieser Einigung ist vielleicht am besten durch den Satz zu charakterisieren: Man hat dem Reich gegeben, was des Reiches ist, und den Ländern, was den Ländern ist. Über die verfassungsrechtlichen Bedenken, die gegen die Ernennung von preußischen Reichsratsmitgliedern durch den Reichskommissar bestehen — siehe die badische Feststellungsfrage — hatte sich die Reichsregierung hinweggesetzt.

Brüning antwortet Schacht und Eugenbergs

In einer Rede im Berliner Sportpalast hat Reichskanzler a. D. Dr. Brüning u. a. auch auf Angriffe Dr. Schachts geantwortet. Was ich in Freiburg geäußert habe, ist, so erklärte Dr. Brüning, folgendes: Ich habe auf die zu frühe Inangriffnahme der Revisionsverhandlungen des Dawesplanes hingewiesen und auf die später bei den Verhandlungen in Paris gemachten Fehler. Diese Auffassung muß ich aufrechterhalten, denn sie entspricht der historischen Wahrheit, wie sie aus den beim Reichsarchiv niedergelegten Urkunden festzustellen ist. Es war ein Fehler, die Verhandlungen am Ende einer deutschen Hochkonjunktur zu beginnen, und es bleibt in meinen Augen ein Fehler, daß ein festes Angebot in Paris seitens des Herrn Dr. Schacht gemacht worden ist. Nachdem es durch die Arbeit meines Kabinetts gelungen war, schrittweise die Welt davon zu überzeugen, daß eine weitere Reparationszahlung unmöglich war, muß ich es auch angeht, daß von Herrn Ministerpräsidenten Dr. Brüning in Köln festgestellten öffentlichen Eintretens des Herrn Dr. Schacht für den Youngplan als einen unerhörten Vorwurf betrachten, wenn gerade diese Persönlichkeit derartige Angriffe gegen das von mir geführte Kabinett erhebt.

Wenn Herr Dr. Schacht über die späteren Verhandlungen spricht, die ich in Freiburg nicht erwähnt habe, ob es richtig gewesen sei, im Jahre 1929/30 den Youngplan abzulehnen und auf die Befreiung des Rheinlandes aus Jahre hinaus nachträglich zu verzichten, so sind das Fragen, die sich zum Teil zwangsläufig entwickeln haben und über die auch die Auffassung des Herrn Dr. Schacht mehrfach gewechselt hat. Ich muß daher den Vorwurf der bewußten Unwahrheit auf das schärfste zurückweisen.

Des weiteren ging dann Dr. Brüning auf Äußerungen Dr. Eugenbergs ein, die ihm bewußte Unwahrheit vorwerfen. Er habe im Frühjahr 1930 auf Grund der Mitteilungen, daß Eugenberg für die Übernahme des Kabinetts nicht in Frage komme, das schwere Amt des Reichskanzlers übernommen. Er habe die Deutschnationalen zunächst für das Kabinett gewonnen gehabt, einige Wochen später habe jedoch ein Teil dieser Partei die Mitarbeit verweigert. Weitere Versprechungen im Oktober über die Bildung einer Reichsregierung seien ergebnislos geblieben. Er müsse die Beschuldigungen, die in der letzten Zeit gegen ihn gerichtet wurden, mit aller Schärfe zurückweisen. Zur Außenpolitik erklärte der Redner, daß aus der ganzen Situation heraus die Annahme des Paares von Lausanne von den Rechtsparteien und unter allen Umständen werde erfolgen müssen. Zum Schluß erklärte Dr. Brüning, er warne vor weiteren Experimenten. Seines Erachtens bestehe unbedingt die Möglichkeit, über die Schwierigkeiten der nächsten Monate hinwegzukommen. Das Zentrum würde stets für eine gemäßigte Politik eintreten. Dieser Kampf werde der Kampf sein für eine Politik der Mäßigkeit, ein Kampf gegen die Diktatur, auch gegen die Diktatur einer einzelnen Partei.

Deutschnationale Beschwerde gegen den oldenburgischen Ministerpräsidenten

Der Fraktionsführer der deutschnationalen Fraktion im letzten Reichstag, Dr. Oberjöhren, hat, den Blättern zufolge, an den Minister des Innern v. Gahl ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Neben des nationalsozialistischen oldenburgischen Ministerpräsidenten Röber hinweist. Dieser habe die Deutschnationale Volkspartei wiederholt im Wahlkampf beschimpft. Oberjöhren bittet den Reichsinnenminister, der in Preußen durch sein Eingreifen verhindert habe, daß höchste Staatsbeamte als Parteigänger auftreten und Staatsautorität und Ansehen beeinträchtigen, auf den oldenburgischen Ministerpräsidenten dahin einzuwirken, daß er bei seinem künftigen Auftreten in den Reichstagen die Partei nicht als Ministerpräsident nicht in den Foren auftreten dürfe, wie ihm als nationalsozialistischer Organisationsleiter offenbar richtig schien.

Beschimpfung der Reichsflaggen. In der Nacht zum Donnerstag wurden in Stuttgart an einem Ausstellungsgelände drei Fahnen, eine Stadtflagge und zwei Reichsflaggen, von Mitgliedern der NSDAP heruntergerissen. Der Schnellrichter verurteilte zwei Angeklagte zu je 60 RM Geldstrafe und einen zu 24 RM Geldstrafe wegen Sachbeschädigung.

Einigung in der Rheinschiffahrt. Nach zweimonatiger Verhandlung über die Lohnstreitigkeiten in der Rheinschiffahrt ist nunmehr in Duisburg eine Einigung zustande gekommen. Danach beträgt der Matrosenlohn ab 30. Juli 31 RM und ab 1. Oktober 30 RM. Das Abkommen kann erstmals Ende November 1932 gefündigt werden.

Innenpolitischer Burgfriede nach den Wahlen

Eine Verordnung des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident hat, wie bereits angekündigt wurde, durch eine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltage in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen erlassen, unter das auch Versammlungen in geschlossenen Räumen fällt. Das Verbot dauert vom 31. Juli bis 10. August. Das Verbot tritt zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzu. Nach der starken politischen Erregung, welche die Wahlzeit mit sich gebracht hat, soll das Verbot den politischen Frieden fördern. Es ist der Wunsch des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, daß nach durchgeführten Wahlkampf die politischen Versammlungen wenigstens einige Tage lang ruhen sollen. Die letzten Wochen haben, wie der Bevölkerung bekannt ist, außer dem an den Dienst der Polizeibeamten so ungewöhnlich hohe Ansprüche gestellt, daß auch ihnen eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt werden muß.

Dienstag Reichsratsvollziehung

Die Vertretung Preußens

Nach längeren Vorberhandlungen, die sich aus der Änderung der Dinge in Preußen ergeben, ist die nächste Vollziehung des Reichsrats jetzt für Dienstag nachmittag einberufen worden. Die Tagesordnung ist im wesentlichen die gleiche wie die der feinerzeit abgegangenen Sitzung: Neben der Verordnung über Getreidehandelsklassen stehen nur kleinere Vorlagen zur Beratung.

Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß sich politisch wichtige Auseinandersetzungen in dieser Sitzung ergeben werden. Es wird angenommen, daß im Anschluß an die Mitteilung über die Ernennung der neuen preußischen Bevollmächtigten für den Reichsrat die Vertreter der übrigen Länder ihre Proteste erklären, die sie in der Ausübung über die Rundfunkvorlage abgegeben hatten, in der öffentlichen Vollziehung des Reichsrats wiederholen werden. Es ist auch möglich, daß es zu neuen Zwischenfällen mit Vertretern der bisherigen preußischen Regierung kommt. Insbesondere besteht diese Möglichkeit im Zusammenhang mit der dem Reichskanzler übermittelten Stellungnahme des preußischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. Brecht, der den Standpunkt vertritt, daß er von diesem Amte durch den Reichskommissar nicht entbunden werden könne.

Rundfunkrede des Reichskanzlers nach Amerika

Reichskanzler v. Papen hielt Freitag nacht um 24 Uhr für das internationale Radio-Forum und National Broadcasting Company in New York in englischer Sprache eine Rede, in der er die Probleme der inneren und der äußeren Politik des Reiches kurz behandelte. Die Aktion der Reichsregierung gegen Preußen, die im ganzen Ausland starken Widerhall gefunden hat, begründete er mit der Notwendigkeit der Wiederherstellung der Staatsautorität. Sie sei nicht als dauernde Maßnahme gedacht, wie überhaupt die Unabhängigkeit der deutschen Länder nicht beeinträchtigt werden solle. Die Bewegungen auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken könnten nicht mit gleichen Maßstäben gemessen werden, vielmehr stelle der Kommunismus eine Gefahr für das Land und die Welt dar. In außenpolitischer Hinsicht hob der Reichskanzler die im Versailleser Vertrag enthaltene Diskriminierung Deutschlands als den Ausgangspunkt aller Schwierigkeiten hervor und betonte den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung auch bei dieser Gelegenheit.

Die Rundfunkrede wurde dank der sehr klaren Übertragung in Amerika ausgezeichnet verstanden. Die Rede wurde auf sämtliche Sender der Vereinigten Staaten und Kanadas übernommen. Die Rede des Reichskanzlers wurde von dem wohl größten unrichtbaren Auditorium der Welt angehört.

Fransösische Anfrage wegen der Schleicher-Rede. Von ausländischer Berliner Seite werden Zeitungsmeldungen bestätigt, daß Gerriot bei dem deutschen Botschafter in Paris Rückfrage wegen der Rundfunkrede des Reichswehrministers gehalten hat. Auch der französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, hat nach der Tragweite der Rede des Generals von Schleicher gefragt. Dem Botschafter ist die Antwort gemordet, daß das ganze Kabinett hinter dieser Rede stehe, und daß diese Rede auch dem überwiegenen Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands entspreche. Behauptungen eines Berliner Blattes über Divergenzen zwischen dem Reichswehrminister einerseits und dem Reichskanzler und anderen Mitgliedern des Kabinetts werden als unzutreffend bezeichnet.

Kleine Chronik

In Eplingen wurde vergangene Nacht eine Polizeipatrouille in Zivil von mehreren Personen bedrängt, welche die Beamten offenbar für Nationalsozialisten hielten. Zwei Beamte wurden durch Steiche mit einem Küchenmesser schwer verletzt. Die Beamten machten in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch. Zwei der Angreifer wurden erschossen.

In Rürnberg kam es am Freitag nach einer Wahlumgebung der Eisernen Front zu Zusammenstößen mit Rechtsradikalen. 4 Personen wurden durch Schüsse und 8 Personen durch Messerstiche verletzt.

In Sinsberg (Oberschlesien) kam es am Freitagabend zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Schupo-Beamten. Durch Schüsse wurden drei Beamte verletzt. Die Beamten erwiderten das Feuer, wobei der kommunistische Führer Janusciol tödlich verletzt wurde. Beim Abjuchen der anliegenden Häuser und Höfe wurden insgesamt 7 Verletzte aufgefunden. Unter den Verwundeten befinden sich drei Kommunisten.

Der deutsche Ozeanflieger v. Gronau ist am Freitag in der kanadischen Hauptstadt Ottawa gelandet. Er will heute nach Chicago weiterfliegen. Wie weiter gemeldet wird, plant v. Gronau mit seinem Dornier, mit dem er schon dreimal den Atlantik überflogen hat, auch den Stillen Ozean zu überqueren.

Der Kraftwagenführer Kurt Stabie in Berlin, der seit einigen Tagen vermisst wurde, ist Freitag abend an einer Chauffeurkennung in der Nähe des Vorortes Lichterfelde im Hauptfriedhof ermordet aufgefunden worden. Es liegt Raubmord vor. Stabie ist von hinten durch einen Rücken- und einen Kopfschuß getötet worden.

Bei der Entleistung eines Personenzugs in der Nähe von Dirschau (im polnischen Korridor) wurden 50 Personen verletzt. 37 konnten nach Anlegung von Notverbänden ihre Reise fortsetzen. Fünf Personen wurden schwer verletzt.

Der Münzschäfer Salaban wurde in Berlin zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt; seine Frau erhielt ein Jahr Gefängnis.

Der Wahlkampf im Rundfunk

Die Nationalsozialisten

Als Wahlredner der Nationalsozialistischen Partei sprach Freitagabend der Abg. Gregor Strasser im Rundfunk. Der Kampf der Nationalsozialisten habe nie dem Streben nach unfruchtbarer Koalition und Ministerjesseln gegolten, sondern sei nur um die Macht im Reich geführt worden. Im Reich wollen und werden wir, so betonte der Redner, das Programm unserer Partei verwirklichen, d. h. einen sauberen und sparsamen, gerechten Staat aufbauen, der auch nach außen hin stark genug ist, den Arbeitsetrag seiner Volksgenossen zu schützen und der nach innen verantwortungsbewusst genug ist, um einem neuen Wirtschaftsentwicklungs das Recht auf Arbeitslohn und natürliches Auskommen wiederherzustellen.

Als zweites Ziel der Nationalsozialisten nach der Übernahme der Macht bezeichnete Gregor Strasser die Gewinnung der noch gegenwärtigen Hälfte des Volkes, deren Staatsbejahende und aufbauwillige Kräfte durch Leistung und Taten der neuen Männer von der Wichtigkeit des nationalsozialistischen Wollens überzeugt und zu Nationalsozialisten gemacht werden sollen. Mit allen Mitteln des Staatsapparates werde der Nationalsozialist sein neues Denken dem deutschen Volke und auf allen Gebieten in Politik und Wirtschaft, Kunst und Literatur, Sport und Theater durchsetzen.

Die Neuregelung des Rundfunks

Eine Rede des Ministerialrats Scholz

Ministerialrat Scholz des Reichsinnenministeriums sprach am Freitagabend über alle deutschen Sender zur Neuregelung des Rundfunks.

Wenn der Rundfunk, so führte er aus, wirklich mehr sein wolle, als nur der flüchtigen Unterhaltung und der oberflächlichen Zerstreuung zu dienen, so habe er Träger und Mittler deutscher Kultur und deutschen Geistes zu sein. Das habe nichts mit Chauvinismus zu tun und das hindere auch in keiner Weise, daß der Rundfunk auch Kulturvölker näher bringe. Die Stärke des deutschen Kulturlebens sei in den einzelnen deutschen Stellen verankert. Deshalb werde auch die Neuregelung an der landsmannschaftlichen Grundlage des Rundfunks nichts ändern. Von parteipolitischen Darbietungen sei der Rundfunk freizuhalten. Niemand aber denke daran, die Erörterung politischer Themen schlechthin im Rundfunk zu verbieten. Es dürfe dabei nur eine Lösung geben, daß nicht das Interesse dieser oder jener Partei, sondern das der Staatspolitik in allen Fällen den Ausschlag gibt.

Ministerialrat Scholz referierte dann kurz über die bereits veröffentlichten Leitfäden, wobei er besonders auf die Ablösung des Privatkapitals hinwies, und betonte zum Schluß, daß der Vortrags- und Nachrichten dienst der Rundfunkgesellschaften noch der Durchführungsbestimmungen bedürfe. Offen gelassen sei ferner die Regelung der Beziehungen zwischen dem Reichskommissar und den Staatskommissaren bei den einzelnen Rundfunkgesellschaften.

Badischer Teil

Die Staatshilfe für die Unwettergeschädigten am Kaiserstuhl

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** In der Folge 191 vom 29. Juli erschien in der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Führer“ ein Artikel unter der Überschrift „Gänge 5000 RM der Zentrumsregierung für die Unwettergeschädigten am Kaiserstuhl“, in dem die Hilfsmaßnahmen der badischen Regierung einer verächtlich machenden Kritik unterzogen wurden.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen hat „Der Führer“ und der „Alemanne“ die Auflage erhalten, nachstehende amtliche Entgegnung in der nächst erscheinenden Nummer zu veröffentlichen:

Staatshilfe für die Unwettergeschädigten am Kaiserstuhl.

Zu dem in Folge 191 vom 29. Juli 1932 erschienenen Artikel „Gänge 5000 RM der Zentrumsregierung für die Unwettergeschädigten am Kaiserstuhl“ wird festgestellt:

1. Außer den bereits bewilligten 5000 RM hat das Staatsministerium für die durch das Unwetter vom 13. Juli 1932 schwer heimgefügten Gemeinden des Kaiserstuhls usw. einen weiteren Betrag von 5500 RM aus dem allgemeinen Fonds der Regierung für im Staatshaushaltsplan nicht vorgesehene Bedürfnisse für die sofortige Hilfe zur Verfügung gestellt.
2. Wegen der Durchführung der Hilfsaktion ist das Ministerium des Innern mit den weiteren in Betracht kommenden Stellen (Finanzministerium, Landwirtschaftskammer, Gebäudeversicherungsanstalt) unverzüglich in Verbindung getreten.
3. Ferner ist der Landeskommissar in Freiburg angewiesen worden, mit aller Beschleunigung eine Schätzung des Gesamtschadens an öffentlichem und privatem Eigentum vornehmen zu lassen. Diese Feststellung ist bereits im Gange.
4. Das Ministerium des Innern hat weiter durch Vermittlung der Bad. Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft von den verfügbaren Beständen an Roggenmehl, welche das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft für die notleidenden Waldgemeinden zur Verfügung gestellt hat, eine Teilmenge von 500 Zentner Mehl zur Befriedigung des dringlichsten Bedürfnisses sofort nach den betreffenden Gemeinden verfrachten lassen. Eine weitere Sendung in derselben Menge wird in den nächsten Tagen ebenfalls an die Gemeinden ausgeben werden. Die Abgabe an die bedürftigten Teile der Bevölkerung erfolgt unentgeltlich auf Staatskosten.
5. Damit diese Aktion wegen eines etwaigen gelblichen Ausfalls für die mit der Verfrachtung beauftragte Bad. Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft nicht aufgehalten wird, hat das Staatsministerium ferner ein Notgesetz erlassen, wonach das Land Baden gegenüber der Zentralgenossenschaft für etwaige Ausfälle an dem von ihr ausgelegten Preis für den Roggen von insgesamt 195 000 RM eine Ausfallbürgschaft bis zur Höhe von 100 000 RM übernimmt.
6. Im Bereiche des Finanzministeriums beabsichtigt man von den zu Gebote stehenden Möglichkeiten weitgehend Gebrauch zu machen, um den am schwersten getroffenen Ge-

meinden nach Lage der Verhältnisse Hilfe zu bringen. Gedacht ist dabei insbesondere an eine vorzugsweise Entlastung auf dem Gebiet der Schulbeiträge und Straßenbeiträge, ferner an Steuererleichterungen, Erleichterungen bei Pachtzinsen, Grabselbren und Holzgeldschuldsigkeiten und ähnlichen Maßnahmen.

„Ein Mann von internationalem Ansehen“

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** In der Nummer 192 der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Führer“ und seines Kopfblasses „Der Alemanne“ erschien unter obigem Titel ein Artikel, in welchem dem Finanzminister Dr. Matthes zum Vorwurf gemacht wurde, daß er nach der Schweiz den Betrag von 1800 RM überwiesen habe.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen ist dem „Führer“ zur Auflage gemacht worden, nachfolgende amtliche Entgegnung in der nächsten Nummer zu veröffentlichen:

„Ein Mann von internationalem Ansehen!“

Zu dem in Folge 192 vom 30. Juli 1932 erschienenen Artikel „Ein Mann von internationalem Ansehen“ wird festgestellt:

Es ist unzutreffend, daß der badische Finanzminister Dr. Matthes den Betrag von 1800 RM im Ausland angelegt hat. Der an die Schweizerische Volksbank in Kreuzlingen mit Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle überwiesene Betrag von 1800 RM diente zur Bezahlung einer Zinsschuld auf Grund eines seit einer Reihe von Jahren bei einer Schweizer Bank aufgenommenen Grundschuldarlehens. Der badische Finanzminister Dr. Matthes hat kein Bankguthaben im Ausland.

Das Strafverfahren wegen der Vorfälle in Göbriichen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Im „Führer“, Folge 192 vom 30. d. M., werden die mit dem obigen Verfahren befahten Justizbehörden angegriffen, und es wird ihnen vorgeworfen, das Verfahren werde verzögerlich behandelt, die Akten „ruhten“ beim Gericht, dem Verteidiger sei unter wichtigen Vorwänden die Einsicht in die Akten verweigert worden, und es wird angedeutet, als ob die Verzögerung auf „politische Gründe“ zurückzuführen sei.

Alle diese Vorwürfe sind völlig grundlos.

Die an dem Verfahren beteiligten Behörden haben alles getan zur Beschleunigung. Die Göbriicher Vorfälle haben sich am 27. Juni 1932 ereignet. Als Beteiligte wurden 28 Beschuldigte ermittelt. Bereits am 8. d. M. wurde gegen 5 Beschuldigte und am 21. d. M. gegen weitere 18 Beschuldigte Anklage wegen Landfriedensbruchs, Aufruhrs u. a. erhoben. Nur durch äußerste Beschleunigung befahen die Behörden der zu wahren, geschäftlichen Fristen hat das Gericht es ermöglicht, daß auf die erste Anklage das Hauptverfahren bereits eröffnet ist, auf die zweite die Eröffnung unmittelbar bevorsteht und beide Hauptverfahren am 12. August d. J. stattfinden können. Es ist schließlich auch nicht richtig, daß dem Verteidiger „unter wichtigen Vorwänden“ Akten Einsicht verweigert worden ist. Auf seine telephonische Anfrage bei dem Vorsitzenden der zuständigen Strafkammer wurde der Verteidiger dahin verbeschieden, daß die Akten bei der Staatsanwaltschaft Pforzheim eingesehen werden können.

Das putzt die Nieren!

Überkinger Adelheidsquelle

— ein richtiges Heilmittel für die Nieren — müssen Sie mal versuchen. Sie bekommen sie überall. Den interessanten Prospekt mit frapanten ärztlichen Gutachten schicken Ihnen kostenlos die Mineralbrunnen A.-G. Bad Überkingen

Gen.-Vortr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

Geneutes Verbotansuchen des Reichsinnenministers gegen den „Donau-Vote“ in Donaueschingen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Der Reichsinnenminister hat an den badischen Minister des Innern das Ersuchen gerichtet, den „Donau-Vote“ in Donaueschingen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen auf 8 Tage zu verbieten. Anlaß zu dem Ersuchen gab ein Artikel in Nr. 163 dieses Blattes vom 21. Juli mit der Überschrift „Der Staatsstreik gegen Kreuzen — Der Fluss der bösen Tat“, in dem auf den Artikel vom 25. Juni verwiesen worden war, auf Grund dessen der „Donau-Vote“ 3 Tage verboten wurde. In dem Artikel wurde eine Beleidigung und böswillige Verächtlichmachung des Reichswehrministers erldit.

Der badische Minister des Innern hat dem Ersuchen des Reichsinnenministers nicht entsprochen und die Entscheidung des zuständigen Senats des Reichsgerichts angerufen.

Die Südwestdeutsche Lichttechnische Gesellschaft in Karlsruhe beging am 16. Juli im Saale des Künstlerhauses ihren ersten Jahrestag. Der Vorstand und Vorstandsrat wurden in der bisherigen Zusammensetzung erneut bestätigt. Professor Reichmüller, der Vorsitzende der Gesellschaft, hielt den Festvortrag über „Physiologie und Ästhetik der Lichttechnik“. Er wurde dabei durch eine Reihe überzeugender Beispiele aus Natur, Kunst und Technik unterstützt. An den Vortrag schloß sich ein Diner Abend mit einer „Großen Licht-Revue“.

Der „Führer“ zweimal beschlagnahmt

** Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde die Nummer 191 des „Führer“ und dessen Kopfblass „Der Alemanne“ vom 29. Juli wegen Beleidigung des Staatspräsidenten Dr. Schmitt und des Unterrichtsministers Dr. Baumgartner polizeilich beschlagnahmt.

** Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Karlsruhe wurde heute die Nummer 192 der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Führer“ und sein Kopfblass „Der Alemanne“ wegen eines den Finanzminister Dr. Matthes beleidigenden Artikels beschlagnahmt.

Reichsmittel aus der Biersteuerentlastung und der Reichswohlfahrtsbeihilfe

Die badische Regierung erläßt mit sofortiger Wirksamkeit eine Verordnung über die Verteilung von Reichsmitteln aus der Biersteuerentlastung und der Reichswohlfahrtsbeihilfe.

Nach Artikel I haben nur solche Gemeinden mit nicht mehr als 5000 Einwohnern Anteil an dem auf Baden entfallenden Entschädigungsbetrag, bei denen der Kürzungsbetrag am Aufkommen an Gemeindebeiträgen vom Oktober bis Dezember 1931 mindestens 30 RM beträgt und in denen zugleich die Zahl der Wohlfahrtsberechtigten höher als 50 v. H. des Reichsdurchschnitts der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände ist. Gemeinden, die an der Reichswohlfahrtsbeihilfe nicht beteiligt werden, haben auch an dieser Entschädigung keinen Anteil. Der Betrag wird unter die beteiligten Gemeinden nach dem Verhältnis der auf sie entfallenden Kürzungsbeträge verteilt. Die Verteilung erfolgt in zwei Raten: im Oktober 1932 und im März 1933. Als Stichtag für die Feststellung der Zahl der Erwerbslosen gilt der für die Verteilung der Reichshilfe im Oktober 1932 maßgebende Stichtag.

Der Artikel II enthält die Durchführungsbestimmungen der Wohlfahrtsbeihilfeverordnung. Eine Verteilung unter die beteiligten Bezirksgemeinden erfolgt im Verhältnis der Zahl der zu berücksichtigenden Wohlfahrtsberechtigten, und zwar findet eine Berücksichtigung nur insoweit statt, als ihre Zahl 5 vom Tausend der Einwohner übersteigt. Übersteigt ihre Zahl 50 vom Hundert des Reichsdurchschnitts der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände, so werden erhöhte Zahlen angesetzt. Die Erhöhung beträgt das Dreifache, soweit die Zahl der Wohlfahrtsberechtigten zwischen 50 und 100, das Sechsfache, soweit sie zwischen 100 und 200, das Neunfache, soweit sie über 200 vom Hundert des Reichsdurchschnitts liegt. Die erhöhte Zahl der Wohlfahrtsberechtigten erfährt in den Gemeinden der Ortsklassen A und B einen Zuschlag von 10 vom Hundert. Beträgt die monatliche Beihilfe an eine Gemeinde weniger als 10 RM, so wird sie nicht ausbezahlt. Ergibt sich bei der Verteilung eine höhere Kopfquote als im Reichsdurchschnitt der städtischen Bezirksfürsorgeverbände mit einer Einwohnerzahl von 20 bis 50 000, so kann die Kopfquote auf diesen Satz ermäßigt werden. Die nicht zur Verteilung gelangenden Monatsbeiträge fließen dem Ausgleichsstock zu, außerdem werden diesem 10 vom Hundert aller monatlichen Teilbeträge zugeführt. Hieraus sollen Gemeinden mit besonders großer Arbeitslosenlast gespeist werden.

Gerichtung eines Schutzhafens in Eberbach

Im Zuge der von der Rhein-Main-Donau AG. mit Hilfe von Reichsmitteln geplanten Arbeiten soll auch bei Eberbach ein Schutzhafen errichtet werden. Seit acht Tagen werden Probeflächen im Gebiet des zu erbauenden Schutzhafens vorgenommen, wobei sich günstige Untergrundverhältnisse ergeben haben, so daß die Möglichkeit einer billigen Gewinnung der Bodenmassen im Sandbetrieb vorhanden ist. Damit würde erneut das Projekt einer Auto-Umgehungsstraße in Fluß kommen, um nutzbringende Aufnahme für die Ausbuhmaßnahmen des Hafensbedens zu finden. Der jetzige Schutzhafen Eberbach wird zugeschüttet werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Neubau des Mannheimer Arbeitsamts
Der Neubau des Mannheimer Arbeitsamts, das auf dem Platz der ehemaligen Dragonerkaserne im Quadrat M 3a zu stehen kommt, wird in diesen Tagen bezogen werden. Das neue Arbeitsamt muß einen Besucherverkehr von täglich bis zu 20 000 Personen bewältigen. Der hauptsächlichste Publikumsverkehr, die Arbeitsvermittlung und die Auszahlung spielt sich im Erdgeschoss ab, im zweiten Stock ist die Arbeitslosenversicherung, im dritten Stock die Verwaltung, Berufsberatung usw. untergebracht. Der Neubau erfordert einen Kostenaufwand von 600 000 RM. Er ist in der Zeit von März 1931 bis jetzt fertiggestellt worden. 140 Firmen mit durchschnittlich 80—100 Arbeitern fanden an dem Bau Arbeitsmöglichkeit. Der Bau wird nach seiner Fertigstellung in das Eigentum des Reiches übergehen, das Reich hat auch die Unterhaltungskosten des mit 51 Räumen ausgestatteten Baues zu tragen. Die Inneneinrichtung ist denkbar einfach gehalten. Die Wände sind so eingerichtet, daß sie gut verputzt werden können. Die Bauausführung selbst ist Eisenbeton, der sich gerade für Bürohäuser dieses Art ausgezeichnet bewährt hat.

16. Lürach, 29. Juli. Die Oberrheinschiffahrt kann heute einen besonderen Gedanktag feiern. Vor hundert Jahren erschienen das erste Dampfschiff in Basel. Es war dies das Dampfschiff „Stadt Frankfurt“, das am Mittag des 29. Juli 1832 unter Kanonendonner in Basel einlief und an dem Schiffslande vor Anker ging. Fünf Jahre früher nur war das erste Dampfschiff nach Mannheim und Nehl gefahren.

16. Lürach, 29. Juli. Von der Anklage des Vergehens gegen die Devisenbewirtschaftungsbestimmungen wurden die beiden Direktoren der Reichshypothekbank Lürach, wegen erwiesener Unschuld in der Verurteilungsverhandlung in Freiburg freigesprochen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	30. Juli		29. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.53	169.87	169.53	169.87
Kopenhagen 100 Kr.	79.47	79.63	79.42	79.58
Italien 100 L.	21.41	21.45	21.42	21.46
London 1 Pf.	14.73	14.77	14.73	14.77
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.465	16.505	16.46	16.50
Schweiz 100 Fr.	81.77	81.93	81.77	81.93
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braq. 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Aus der Landeshauptstadt

Das ist die Karlsruher Studenten-Kugel
 Heute wird Karlsruhe um ein Ereignis reicher. Ein Ereignis, das aus der Not der Zeit geboren ist, das aber auch andererseits dazu beitragen soll, diese Not zu lindern: die Karlsruher Studenten-Kugel!

Diese Studenten-Kugel ist eine Lotterie, die durch ihre Eigenart, durch ihren Reiz des Neuen und vor allem durch ihre ungleich vorteilhaften Gewinnchancen sich in kürzester Frist alle Herzen erobern wird. Was sie alles bringt? Gewinne, die trösten, dann sind es 1 oder 10 RM., Gewinne, die Freude bereiten, dann sind es 100 RM. und schließlich Gewinne, die zu Begeisterungstürmen berechtigten Anlaß geben, dann sind es gar 1000 RM.! Eine dieser verlockenden Summen aber muß jede zehnte Kugel enthalten. Wer aber bei den studentischen Kugelmännern nun mal nicht solch eine „Glücks-Kugel“ gezogen hat, wer neben der obligaten Marzipankugel nur eine Niete in dem weißen Kästchen vorfindet, der rufe sich ins Bewußtsein, daß es schlechterdings unmöglich ist, immer zu gewinnen; der denke daran, daß der Endzweck der Karlsruher Studenten-Kugel ja ein anderer ist: der Karlsruher Studenten-Kugel die Mittel zuzuführen, die sie für ihre verschiedenen Aufgabengebiete der Studienförderung, der Krankenfürsorge, der Jungakademikerhilfe usw., bedarf. Und wem läge die weitgehendste Unterstützung dieser für das Volksganze bedeutsamen Arbeit nicht sehr am Herzen?

Gestern nachmittag sind die Karlsruher Studenten in ihrer schmucken weißroten Tracht mit dem Spitzhut zum erstenmal im Straßenbild der Stadt in Erscheinung getreten und haben berechtigtes Aufsehen erregt. Heute werden sie wieder da sein und mit ihnen die Karlsruher Studenten-Kugel, die sicherlich für manchen zur Glückskugel werden wird. Da Gewinne bis zu 10 RM. von den Kugelmännern selbst und höhere Gewinne ebenfalls sofort von der Deutschen Bank- und Diskonto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, eingelöst werden, braucht also niemand auf seinen Gewinn zu warten; er braucht nur eines: das Glück mit sicherer Hand zu erfassen! Dann wird auch ein Erfolg nicht ausbleiben!

Vor der Wahl. Die Gesamtzahl der hier ausgegebenen Stimmzettel beläuft sich auf über 8000. Im Karlsruher Hauptbahnhof wird am Wahlsonntag ein fliegendes Wahlbüro errichtet, das von Eisenbahnbeamten als Wahlleitern besetzt ist. In diesem Wahlbüro kann von nachts 2 Uhr bis 24 Uhr gewählt werden.

Unzulässige Wahlpropaganda. Mehrere Personen verschiedener Parteizugehörigkeit werden angezeigt, weil sie in vergangener Nacht in Karlsruhe und Durlach mit Hilfe von Klebzetteln oder Farbe unbefugter Weise Wahlpropaganda trieben.

Eindbruch in ein Karlsruher Uhren- und Juwelieregeschäft. In einer der letzten Nächte wurde in das Uhren- und Juwelieregeschäft Richard Mittel am Stadigartenweg ein schwerer Einbruch verübt. Dem oder den Tätern fielen nachstehende Wertgegenstände in die Hände: 32 goldene Halsketten mit und ohne Anhänger, 4 Schlangenfollies, 6 Nussnadeln mit Perlen und Steinen, 9 Paar Manschettenknöpfe, teils Gold, teils Silber, 67 Paar Ohrringe, Gold und Silber, mit verschiedenen Steinen, 2 goldene Armbanduhrgehäuse, ferner 25 verschiedene gebrauchte, zum Teil sehr wertvolle Herren- und Damenarmbanduhren. Der Gesamtwert der Beute beläuft sich auf 4000 Reichsmark.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Heute abend wird Gilberts Operette „Das Weib im Purpur“ zum erstenmal gegeben. Die Stabführung hat wieder Kapellmeister Bilzer. Die Inszenierung stammt von Leo Mader, der damit auch auf diesem Gebiete sein vielseitiges Können unter Beweis stellen wird. Die Operette ging über die meisten Bühnen Europas und war überall ein großer Erfolg. Mitwirkende sind die Damen Bauer, Hellmuth, Eberl sowie die Herren Mader, Fierment, Mehner, Lindemann, Kühne, Toriff, Schönthaler, Schnitzer, Schneiß, Eich, Ribinius. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. (Siehe auch die Tagesanzeige.)

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: An der Südküste der englischen Äthlone ist hoher Druck aus Südwesten vorgegedrungen und liegt heute morgen über Süddeutschland. In seinem Bereiche werden wir auch morgen hochsommerlich warmes Wetter haben. **Voraus-sage:** Zeitweise heiter und tagsüber sehr warm, örtliche Gewitterbildungen.

Wasserstände: Waldshut 380 minus 8, Basel 191 minus 7, Schutterinsel 283 minus 7, Rheinweiler 23 minus 11, Keßl 400 minus 10, Rarau 583 minus 18, Mannheim 504 minus 13, Caub über 200 Zentimeter.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. Bei der zweiten Bürgermeisterwahl in Engen wurde mit 39 gegen 17 Stimmen des Zentrums Bürgermeister Herr von Schonach gewählt.

Der Gemeinde überlingen ist es dank äußerster Sparjamkeit gelungen, das Jahr 1931/32 ohne Fehlbetrag abzuschließen. Das Elektrizitätswerk hat einen Überschuß von 10 000 RM. erzielt. Der Voranschlag 1932/33 kann ausgleichend werden. Die Ausgaben betragen im neuen Voranschlag fast 100 000 Reichsmark weniger als im letztjährigen.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 41) enthält eine Verordnung des Staatsministeriums über die Verteilung von Reichsmitteln aus der Biersteuerentkung und der Reichswohlfahrtshilfe.

Staatsanzeiger

Personeller Teil
 Ernennungen, Veretzungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Staatsministeriums:
 Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes:
 Oberrechnungsrat Franz Karrer beim Staatsministerium, Ministerium des Innern
 Ernannt:
 Die Kriminalassistenten Richard Haas und Friedrich Müller in Karlsruhe zu Kriminalsekretären.
 Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten:
 Ministerialamtsgehilfe Adolf Seib beim Ministerium des Innern.
 Gestorben:
 Gendarmehauptwachmeister Albert Rehmman in Herrschried.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus
 Spielplan vom 2. bis 7. August.
 Dienstag, 2. Aug. Das Weib im Purpur. 20 bis gegen 23. (2,60.)
 Mittwoch, 3. Aug. Die Geisha. 20—22.15. (2,60.)
 Donnerstag, 4. Aug. Das Weib im Purpur. 20 bis gegen 23. (2,60.)
 Freitag, 5. Aug. Die Geisha. 20—22.15. (2,60.)
 Samstag, 6. Aug. Zum erstenmal: Das Weibchen vom Montmartre. Operette von Julius Brammer und Alfred Grünwald. Musik von Emmerich Kálmán. 20 bis nach 23. (2,60.)
 Sonntag, 7. Aug. Das Weib im Purpur. 20 bis gegen 23. (2,60.)
Auswärtiges Gastspiel:
 Sonntag, 7. Aug. Nachmittags in Landau: Friederike. In Vorbereitung: „Die Fledermaus.“ — „Die Czardasfürstin.“

DIE KARLSRUHER STUDENTEN-KUGEL

SOLL HELFEN, STUDENTENNOT ZU LINDERN
 DARUM:
JEDEM KARLSRUHER EINE KARLSRUHER STUDENTEN-KUGEL

Preis der Kugel RM. 1,—
 Jede 10. Kugel gewinnt!
 Gewinne von 1—1000 RM.

Ich bin als **Rechtsanwalt**
 beim Landgericht Karlsruhe, der Kammer für Handelssachen in Pforzheim und den Amtsgerichten zugelassen
R. Engelbrecht, Rechtsanwalt
 Gottesauer Str. 2 (am Durlacher Tor)
 Fernruf 4775 L. 979

Öffentl. Sparkasse Gutach (Schwarzwaldbahn)

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM
1. Kassenbestand	6 848,29
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse	77 226,26
3. Darlehen auf Hypotheken	325 765,53
4. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	23 267,10
5. Darlehen auf Schuldschein an Private	68 312,60
6. Darlehen an Gemeinden und öffentliche Körperschaften	86 000,—
7. Aufwertungsfordernngen:	
a) von der bürg. Gemeinde aufzubringen	134 746,41
b) eigene aus Hypothek und sonstigen Forderungen	50 488,78
8. Einnahmerückstände	21 251,10
9. Gerätschaften	840,—
	794 746,07

Verbindlichkeiten	RM
1. Spareinlagen (neue)	468 386,05
2. Aufwertungs-spareinlagen	210 579,16
3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	74 228,03
4. Ausgaberrückstände	10,—
5. Rücklagen:	
a) gesetzlicher Reservefonds	28 979,83
b) Reingewinn für 1931	12 562,40
	794 746,07

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 542 614,68 = 43 409,17 RM
 sie beträgt auf Schluß des Jahres 41 542,23 RM
 somit weniger 1 866,94 RM

Gutach, den 27. Juli 1932. S. 80

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
 gez. Böhle, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter:
 gez. Lehmann.

Gehwegplatten
 Karlsruher Stadtplatten liefert
Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik
 G. m. b. H.
 Karlsruhe-Hafen

Rhein. Hypothekbank in Mannheim.

Bei der heute stattgefundenen Verlosung wurden zur Heimzahlung auf 1. September d. J. von unserer 6 1/2 % Gold-Hypothekenspandbriefen Reihe 16 folgende Nummern gezogen: von den Stücken zu 5000 RM. Buchst. G die Nummern 8, 128, 250, 280, 452, 468, von den Stücken zu 1000 RM. Buchstabe E die Nummern 56, 79, 105, 174, 240, 257, 332, 567, 887, 1021, 1041, 1066, 1143, 1150, 1152, 1201, von den Stücken zu 500 RM. Buchst. D die Nummern 3, 23, 47, 102, 132, 141, 178, 232.

Die Rückzahlung erfolgt gegen Einlieferung der Pfandbriefe und der nicht fälligen Zinscheine nebst Erneuerungsscheinen in Mannheim bei unserer Kasse, in Stockholm bei der Aktiebolaget Göteborgs Bank und der Stockholms Antiebolaget. L. 982
 Mannheim, 29. Juli 1932.
 Die Direktion.

Offenburs. E. 55
 Güterrechtsregisteramt
 I. S. 92: Theodor Buchert, Farrenwärter in Ortenberg und Pauline geb. Sältinger. Vertrag vom 14. Juni 1932. Gütertrennung.
 Offenburs, 26. Juli 1932.
 Badisches Amtsgericht III.

PORPHYRWERK DOSENHEIM
 HANS WATTE
 DOSENHEIM, BADEN
STRASSENBAU-MATERIAL

Öffentliche Sparkasse Kenzingen

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	19 352,42	1. Spareinlagen	3 199 957,44
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasse	352 553,80	2. Aufwertungs-spareinlagen	1 489 135,61
3. Wertpapiere	140 374,37	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	727 799,75
4. Wechsel	103 070,55	4. Anlehens- und andere Schulden	64 324,36
5. Darlehen auf Hypothek	2 204 135,69	5. Ausgaberrückstände	3 598,70
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	420 111,59	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	421 970,32	a) gesetzl. Reservefonds	362 760,30
8. Darlehen an Gemeinden	357 804,65	b) Sonderrücklagen	17 496,60
9. Lombarddarlehen	280 574,95	7. Reingewinn vom Jahre 1931	36 015,85
10. Aufwertungsfordernngen	1 269 634,01		
11. Einnahmerückstände	146 083,29		
12. Grundstücke u. Gebäude	169 260,32		
13. Gerätschaften	16 162,65		
	5 901 088,61		

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 5 416 892,— RM = 433 351,42 RM
 sie beträgt auf Schluß des Jahres 416 272,75 RM
 Es fehlen somit 17 078,67 RM

Kenzingen, den 28. Juli 1932. S. 87

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
 Kretsch.
Der Geschäftsführer:
 Häring.



Badisches Landestheater

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus
 Sonntag, den 31. Juli 1932

Die Geisha
 Eine japanische Teehausgeschichte mit Musik von Owen Hall und Harry Greenbank
 Musik von Sidney Jones
 Deutsch von C. M. Roehle und Julius Freund
 Dirigent: Bilzer
 Regie: Reißner
 Mitwirkende:
 Schwarz, Hellmuth, E. Ribinius, E. Lindemann, Schaaf, Hofer, Köhler, Kraker, Eberl, Dahlinger, Fricke, Fierment, S. Ribinius, Schneiß, Malco, Schönthaler, Schnitzer, Mader, Mehner

Anfang 19 1/2, Ende 21 1/2
 Preise 1—3 RM

Montag, den 1. August 1932

Gräfin Mariza

Operette von Julius Brammer und Alfred Grünwald
 Musik von Emmerich Kálmán
 Dirigent: Bilzer
 Regie: Reißner
 Mitwirkende:
 Bauer, Toriff, Mader, Köfer, Eberl, Schnitzer, Mehner, Schwarz, Kraker, Schönthaler, Hellmuth, E. Ribinius, J. Sonntag
 Anfang 20 Ende nach 23
 Preise 1—3 RM
 Die 2.8. Das Weib im Purpur. Mi. 3.8. Die Geisha. Do. 4.8. Das Weib im Purpur. Fr. 5.8. Die Geisha. Sa. 6.8. Zum erstenmal: Das Weibchen vom Montmartre. So. 7.8. Das Weib im Purpur.